

Shoa in Osteuropa sprechen kann, sei hier dahingestellt. Schließlich ist die Forderung der neuen EU-Mitglieder legitim, dass auch die Geschichte des Stalinismus in Europa nicht in Vergessenheit geraten soll. Fragwürdig erscheint die Behauptung, dass in den EU-Beitrittsländern die Beschäftigung mit der kommunistischen Vergangenheit erst durch die bevorstehende Aufnahme in die Europäische Union ausgelöst worden sei. Tatsächlich gab und gibt es unterschiedliche, verschlungene Wege der Aufarbeitung, die auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen wurden und werden (Karta in Polen, Memorial in Russland u.a.) oder auf lokaler Ebene verwurzelt sind und in vielen osteuropäischen Gesellschaften bereits in den achtziger Jahren bzw. unmittelbar nach der Wende von 1989/91 einsetzten. Diese Initiativen und ihr wichtiger Beitrag für die wissenschaftliche und die öffentliche Diskussion bleiben hier weitgehend ausgeblendet.

Neben der Einleitung wird auch in einigen Beiträgen nationalen Mythen eine realhistorische Wirkungsmacht zugeschrieben, die in dieser Form schwer zu belegen sein dürfte. So schreibt Valeska Henze über die achtziger Jahre in Polen, ohne die Realitäten mehrerer Jahrzehnte kommunistischer Diktatur oder die spezifischen Konflikte dieser Jahre zu berücksichtigen. Der Vorwurf des „exzessiven Gebrauchs von Ritualen und Symbolen“ an die Solidarność zeugt von mangelnder Sensibilität gegenüber einer Bewegung, die sich in der kontrollierten Öffentlichkeit der Diktatur Gehör verschaffen musste. Schließlich handelte es sich hier nicht nur um eine Phase von Missverständnissen zwischen Herrschaft und Gesellschaft, um eine „Erstarrung der Politik der ritualisierten Erinnerung“ (S. 269), wie im Aufsatz suggeriert wird, sondern um ein repressives Regime, dessen Legitimität sich primär auf seinen Sicherheitsapparat und die Drohung mit einem sowjetischen Einmarsch stützte. Mit hunderten von Panzern auf den polnischen Straßen im Dezember 1981 war es für viele Polen naheliegend, sich als Opfer fremder Interessen zu fühlen. Ebenso falsch ist die Behauptung, dass die Solidarność „keine Ansprüche auf politische Macht“ (S. 268) formulierte. Richtig ist, dass sie ihre Ansprüche beschränkte. Diese Beispiele zeigen, dass Untersuchungen von Geschichtspolitik und die Analyse nationaler Mythen nicht losgelöst vom politisch-gesellschaftlichen Kontext erfolgen können, da erst die Welt der Erfahrung, der Alltag der Menschen es erlaubt, die Persistenz bestimmter Erzählungen zu erklären. Diese werden ja deshalb weitergegeben, weil sie sinnstiftend und plausibel sind.

In der Gesamtschau ist zu bedauern, dass kaum Autoren aus Osteuropa selbst zu Wort kommen. Ein engerer Austausch mit ihnen hätte vermutlich einige der hier formulierten Urteile korrigiert, die einem deutschen Blick auf das östliche Europa geschuldet sind. Was für die Geschichtspolitik gilt, ist schließlich auch für die Geschichtswissenschaft richtig: Es gibt keine verbindliche Meistererzählung, sondern das Ziel ist der zivile Wettstreit verschiedener Perspektiven.

Berlin

Jan C. Behrends

Stefan Lehr: Ein fast vergessener „Osteinsatz“. Deutsche Archive im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine. (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 68.) Droste Verlag, Düsseldorf 2007. 409 S. (€ 38,-)

Stefan L e h r hat sich mit seiner bei Detlef Brandes in Düsseldorf eingereichten Dissertation, die von der ZEIT-Stiftung im Programm „Deutschland und seine östlichen Nachbarn“ gefördert wurde, einem in der Geschichtswissenschaft bislang vernachlässigten Thema gewidmet. Die Tätigkeit der deutschen Archive in Osteuropa während des Zweiten Weltkriegs stand im Zeichen der „Verlagerung“ von Dokumenten, von politischer Instrumentalisierung durch die „Ostforschung“, aber auch der Besatzungsherrschaft. Lehr geht der Frage nach, welche Relevanz diese Aspekte für die Arbeit der Archive hatten und in wieweit eine Normalität auch während der Ausnahmesituation herrschte.

Dies geschieht in einem bemerkenswerten Ansatz, der nicht nur das im Zentrum der Untersuchung stehende deutsche Personal biographisch erschließt, sondern auch deren polnische bzw. ukrainische Kollegen einbezieht – und gleichzeitig untersucht, wie der Umgang miteinander aussah. Die Studie kombiniert dies mit einem archiv- und verwaltungsgeschichtlichen Blick, der zeitlich mit dem Ersten Weltkrieg beginnt und mit den Karrieren nach 1945 endet. So können Kontinuitäten der archivalischen Tätigkeit ebenso wie biographische Brüche oder Mentalitätswandel erfasst werden. Grundlage hierfür sind ein mit 20 Seiten ebenso umfassendes wie beeindruckendes Literaturverzeichnis und Materialien aus 52 Archiven in Deutschland und Osteuropa.

Im Zentrum des Buches steht der Zweite Weltkrieg. Wie Lehr überzeugend herausarbeitet, kooperierten die überwiegend national gesinnten deutschen Archivare mit der nationalsozialistischen Wissenschaft, um mittels einer instrumentalisierten Geschichte des ostmitteleuropäischen Raumes ihre umfassenden Ansprüche auf Akten zu legitimieren. Hier offenbart sich eine Kontinuität der deutschen Besatzungspolitik seit 1915: Schon damals wurde das Provenienz- zugunsten des Pertinenzprinzips aufgegeben. Die Radikalisierung ab 1939, welche die Archivare bewog, noch weit größere Bestände als „deutsch“ zu deklarieren, ging gleichzeitig mit einer weitgehend professionellen und fürsorglichen Behandlung der Akten einher, die darüber hinaus auch einen zwar nicht kollegialen, aber doch weitgehend korrekten Umgang mit dem einheimischen Personal einschloss.

Dies ist auf den ersten Blick durchaus überraschend, betätigten sich die 13 Archivare, die Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind, doch schon vor 1933 als „Ostforscher“ im „geistigen Kampf“ gegen Polen (S. 89). Für sie war der Dienst in Polen und der Ukraine nichts grundlegend Neues, da sie meist der Landessprache mächtig waren und die Archive schon von früheren Forschungsreisen her kannten. Insofern stellte der Nationalsozialismus keine Zäsur dar, weil die Tätigkeiten im Krieg nur die logische Konsequenz bisheriger Überzeugungen und Überlegungen waren; Aktentransporte nach Deutschland, die Unterstützung von Forschungen zur Legitimation der deutschen Herrschaft – teilweise in Form eigener Publikationen –, Enteignungen und Kooperation etwa mit dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg waren insofern nichts Außergewöhnliches. Die eigene Machtstellung ermöglichte ein Übergehen fachlicher Grundsätze, während das im persönlichen Umgang vergleichsweise höfliche Vorgehen gegenüber den Einheimischen gleichzeitig die Nachkriegskarrieren sicherte. Die Entnazifizierungen konnten problemlos abgeschlossen werden, teilweise halfen die vormaligen Besetzten sogar mit Leumundszeugnissen. Ein Schuldbewusstsein ließ sich indes bei den deutschen Archivaren selbst nach 1945 nicht feststellen.

Die Studie befasst sich mit einem Randaspekt der Besatzungsgeschichte, der trotz Politisierung und Raub sicherlich nicht immer typisch für das nationalsozialistische Vorgehen ist. Dank der profunden Beherrschung des Gegenstands und mittels Erschließung umfangreicher neuer Materialien kann dennoch ein Bindeglied zwischen nationalsozialistischer Herrschaft, Kulturpolitik und „Ostforschung“ erschlossen werden, das bislang von deutscher Seite weitgehend ignoriert wurde. Darüber hinaus zeigt die biographische Mikrostudie auch exemplarisch die Nicht-Nutzung von Handlungsspielräumen im Dritten Reich.

Warschau/Warszawa

Stephan Lehnstaedt

Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Siedler Verlag, 3. Aufl. München 2008. 432 S., Abb., graph. Darst., Ktn. (€ 24,95.)

Wenn in letzter Zeit ein Buch zum Thema Flucht und Vertreibung mit den Worten angekündigt wird, hier breche der Autor „ein Tabu“ – und das Feuilleton unisono einstimmt –, stöhnt so mancher Historiker leise auf. Scheint doch das, was in der Fachwelt schon lange ausdiskutiert und erforscht worden ist, nie in der Öffentlichkeit angelangt zu